Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 6

Artikel: Löhne und Inflation
Autor: Hauser, Urs
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337031

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

URS HAUSER

Löhne und Inflation

Zu gleicher Zeit, wie der Diskussionsbeitrag von E. J. Walter in der «Roten Revue» erschien, veröffentlichte Robin Marris, ein englischer Nationalökonom (King's College, Cambridge), einen Artikel über dasselbe Problem in «Socialist Commentary». Diese Zeitschrift ist das Organ der Sozialistischen Union, einer sehr einflußreichen Gruppe von Theoretikern innerhalb der britischen Labour Party. Die Sozialistische Union hat auch das empfehlenswerte Buch: «Sozialismus im zwanzigsten Jahrhundert» herausgegeben, das von den österreichischen Genossen ins Deutsche übersetzt wurde.

Robin Marris' Artikel ist so einleuchtend und so leicht verständlich, daß er auch bei nicht speziell Interessierten Begeisterung erwecken kann; denn er enthält Vorschläge, die es uns ermöglichen könnten, «dieses Ekzem am Körper der Politik», die Inflation, loszuwerden.

Beim Studium dieser Arbeit wird man sich zwar sehr bald die Frage stellen, wo denn der Sozialismus geblieben sei. Es ist deshalb wichtig, gleich am Anfang schon zu betonen, daß wir es mit einer gemischten Wirtschaft zu tun haben und daß, solange wir den privatwirtschaftlichen Sektor akzeptieren müssen, wir uns eben in diesem Rahmen zu bewegen haben. Daß wir dies als Sozialisten auf eine neue Art tun können, versucht uns R. Marris' Artikel zu zeigen.

Mit Inflation bezeichnet man einen Zustand in der Volkswirtschaft, wo die Nachfrage größer ist als das Angebot an Waren und Dienstleistungen, was sich normalerweise in steigenden Preisen ausdrückt. Man spricht dann davon, es sei «zuviel Geld in der Wirtschaft». (Die Nachfrage kann auch durch beschleunigten Geldumlauf hervorgerufen worden sein, wie in Deutschland 1923.) Inflationärer Druck vermindert entweder das Angebot oder vergrößert die Nachfrage.

Nachkriegsengland, Schweden, Dänemark und Holland leiden besonders unter Inflation, denn der Wohlfahrtsstaat mit dem Prinzip der Vollbeschäftigung kann diese Tendenzen verstärken. Kapitalistische Staaten mit einer Reservearmee Arbeitsloser fahren besser; Stalin auf der andern Seite gelang es, mit rohen, aber wirksamen Methoden das Problem zu meistern. Aber durch eine geeignete Wirtschaftspolitik des Staates können alle Argumente, die den inflationären Charakter des Wohlfahrtsstaates beweisen wollen, entwertet werden.

Nachdem von kompetenter Seite so viele Bücher über Inflation geschrieben worden sind, möchte ich nur erwähnen, daß, wenn man Voll-

beschäftigung als inflationär betrachtet, man nicht vergessen darf, daß Statistiken uns eine relativ stark ansteigende Produktion bestätigen, daß die «Arbeitslosenarmee» in der Produktion eingesetzt ist, anstatt Unterstützung zu beziehen, und daß der verhältnismäßige Mangel an Arbeitskräften die Unternehmer anspornt, arbeitssparende Maschinen einzuführen: Drei Beispiele, welche die Angebotseite positiv beeinflussen.

Aber R. Marris befaßt sich in seinem Artikel nicht so sehr mit solch «buchhalterischen» als mit grundsätzlichen Überlegungen. «Nachfrage-Inflation» — beginnt er — «soll durch eine Kombination von Fiskal- und Geldwaffen angegriffen werden, ergänzt durch selektive physikalische Kontrollen und, wo nötig, durch solche fiskalische Methoden, die die notwendigen Investitionen fördern... Lohn-Preis-Inflation soll durch direkte Verständigung mit den Gewerkschaften erzielt werden. Im übrigen sollen die erwähnten Methoden gegen Nachfrage-Inflation so eingesetzt werden, daß es möglich ist, eine gewünschte, umfassende Wirkung ohne stagnierende Produktion zu erreichen.

Der Verständigung will Marris die Ethik zugrunde legen, die schon Sir Stafford Gripps zu seiner Amtszeit als Finanzminister begründet hatte und die nun Harold Wilson wieder aufnahm. Sie resultiert in der freiwilligen Beschränkung der Gewerkschaften bei Lohnforderungen.

Allan Flanders (Universität Oxford) schrieb einen Artikel in die Januarnummer des «Socialist Commentary», in dem er Ergänzungen und Präzisionen zu Marris' Artikel anbringt. Er führt aus, daß die britischen Gewerkschaften bei einer solchen Verständigung nicht mitmachen würden, wenn sie nicht sicher sind, daß die Arbeitgeber nicht Vorteile aus dieser Beschränkung in Lohnforderungen ziehen würden. Er spricht daher von einer gegenseitigen Versicherung; denn die Entwicklung der Preise und Profite würde ihre eigenen Wege gehen, wenn Zurückhaltung nicht von allen ausgeübt wird. Diese Versicherung soll durch eine jährliche Festsetzung der Profite und Löhne geschehen, die aus Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und beiden Seiten der Industrie hervorgehen soll.

R. Marris schlägt die Gründung eines wirtschaftspolitischen Rates vor, der aus Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften zusammengesetzt ist, eine Körperschaft ähnlich wie die in Holland, die so sehr zur Dämpfung der Lohn-Preis-Inflation beitrug.

Die Hauptfunktion des Rates ist die regelmäßige Herausgabe von Berichten über: 1. die Entwicklung des Anteils der Einkommen aus Löhnen und Gehältern, der Profitraten, der Produktivität, der Reallöhne und des Beschäftigungsgrades in der Wirtschaft als Gesamtheit (und, was wünschenswert wäre, auch in den einzelnen Industrien); 2. in welchem Ausmaß der Gesamteffekt inflationär war oder nicht; 3. Faktoren, welche die Profite und Löhne in der Gesamtwirtschaft erhöhen und welche Maßnahmen für die ver-

schiedenen Industriezweige für die nächste Periode ergriffen werden sollen.

Der lohnpolitische Rat muß durch ein unabhängiges statistisches Büro mit den erforderlichen Unterlagen versorgt werden. In diesem Büro arbeiten ausschließlich Fachleute; für die wirtschaftspolitischen Entscheidungen ist der Rat verantwortlich.

Und nun kommt Marris zum delikaten Teil seines Aufsatzes. «Die Gewerkschaften», sagt er, «müssen die Bedeutung der Profite anerkennen. Profite im kapitalistischen Sektor der Industrie sind notwendig, um zu Kapitalinvestitionen anzureizen und in Form von Reserven zum nationalen Sparkapital beizutragen. Überschüsse in den verstaatlichten Industrien sind notwendig, damit das gemeinwirtschaftliche Kapital wenigstens ebenso schnell wächst, wie das privatwirtschaftliche. Wenn man das persönliche Einkommen in einer allzu gleichmacherischen Weise verteilen wollte, würde das Land nach einer gewissen Zeit unter einem Mangel an Sparkapital leiden, das heißt, je tiefer der Anteil an Profiten und Überschüssen (und so, je höher der Stand der Reallöhne) *heute* ist, desto geringer ist die Aussicht auf Reallohnerhöhungen in der Zukunft, denn solche sind von der Kapitalakkumulation, das heißt vom investierbaren Sparkapital, abhängig.»

Während die Gewerkschaften die Bedeutung der Profite anerkennen müssen, hat die Arbeitgeberseite das Prinzip zu akzeptieren, daß die Früchte jeglicher Produktionserhöhung dem Arbeiter entweder in der Form von höheren Löhnen oder kleineren Preisen zugute kommen, das heißt beide Seiten müssen zur Erkenntnis gelangen, daß die Diskussion weniger über das Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen zu führen sei, als über die Größe der Bruttoprofitmarge im Verkaufspreis (Bruttoprofite = Ertrag, bestehend aus Abschreibungen, re-investierten Profiten, Steuern und Nettoprofiten).

Da sich der relative Anteil der Bruttoprofite seit 1870 immer mehr oder weniger um einen Mittelwert von 30 Prozent bewegt hat, ist R. Marris geneigt, diese Zahl als Grundlage einer gesunden Entwicklung zu betrachten. Hier macht Allan Flanders eine wichtige Feststellung in seiner Kritik. Er sagt, daß, obgleich die Statistiken eine gewisse Beständigkeit des Profitanteils am Nationaleinkommen nachweisen, im nationalen Interessenkonflikt eine objektive Formel schwerlich gefunden und anerkannt würde. Das Problem sei nicht, Verhandlungen zu umgehen, sondern eine allgemeine Verständigung herbeizuführen. So schlägt er jährliche Verhandlungen zwischen Regierung und beiden Seiten der Industrie vor, die jeweils nach der Bekanntgabe des Budgets stattfinden sollen. An diesen Verhandlungen solle die Profitrate im Lichte der zu erwartenden Regierungspolitik diskutiert werden.

In den nicht prosperierenden Industrien, das heißt in jenen, die nicht fähig sind, die Produktivität in demselben Umfang zu erhöhen wie der Durchschnitt, werden nur geringe Lohnerhöhungen stattfinden können. Um inflationäre Lohnforderungen zu vermeiden, müssen deshalb die Gewerk-

schaften in den «erfolgreichen» Industrien akzeptieren, daß verhältnisgleiche Lohnerhöhungen nur in solchen Fällen erfolgen können, wo Produktionserhöhungen relativ gering sind, denn sonst würde das zu solch klaffenden Lohnunterschieden zwischen den expansiven und den «weniger erfolgreichen» Industrien führen, daß die Arbeiter der letzteren mit einigem Recht sich zu Streikaktionen veranlaßt sähen. Diejenigen Überschüsse der erfolgreichen Industrien, die aus diesem Grunde nicht zur Lohnzahlung gelangen, werden in Form von Preisreduktionen dem Konsument zugute kommen. Wenn der Mechanismus arbeitet, werden im Laufe der Zeit die «weniger Erfolgreichen» merken, daß die Preise der andern, aber nicht die von ihren Produkten, ständig fallen, was sich in einer Verlagerung der Nachfrage auswirkt. Dies ist der gewünschte Effekt.

Wenn wir anerkennen, daß Veränderungen des Profitanteils gleichmächtige Veränderungen des Anteils der Reallöhne bedingen, sehen wir auf der andern Seite, daß wenn wir den Profitanteil auf ein bestimmtes Niveau fixieren, die Reallöhne im selben Ausmaß steigen wie die Produktivität: Die Früchte des technischen Fortschritts und der Mechanisation werden immer dem Arbeiter zukommen!

J. W. BRUEGEL

Die kanadische Arbeiterbewegung

Das Flugzeug London—Montreal mußte unvorhergesehen in Labrador landen, um Benzin zu tanken. Von hier nach Montreal, sagte man uns, würde der Weiterflug noch dreieinhalb Stunden dauern. Dreieinhalb Stunden? Da muß es ja noch weiter sein als die Flugstrecke London—Wien! Und dann ist man immer erst im östlichsten Zipfel Kanadas angelangt. Schon das erste Zusammentreffen mit der kanadischen Wirklichkeit vermittelt wenigstens einen kleinen Begriff von der ungeheuren Ausdehnung des Landes – und von den Schwierigkeiten, die sich daraus für den Aufbau einer organisierten Arbeiterschaft ergeben. Vom westlichsten Punkt des Landes (Prince Rupert am Stillen Ozean) bis zum östlichsten (St. John's am Atlantischen Ozean) sind es mehr als 7000 Kilometer, also etwa die Entfernung von Lissabon zum Ural. Nicht einmal die Vereinigten Staaten haben eine solche West–Ost-Ausdehnung: dort beträgt der Zeitunterschied von West bis Ost vier Stunden, in Kanada viereinhalb Stunden. Keine andere demokratisch-sozialistische Partei hat ein territorial so ausgedehntes Wirkungsfeld wie die kanadischen Sozialisten, die fast überall im Lande, im äußersten Westen, im äußersten Osten und in den unwirtlichen nördlichen Regionen ihre Positionen besitzen.